

Internet: Privater Datenschutz in der staatlichen Schusslinie

# Wachsam gegen unachtsam

Gespräch mit dem Luxemburger Datenschutzbeauftragten Gérard Lommel von der „Commission nationale pour la protection des données“ (CNPD)

VON ROLAND HOUTSCH

**Die Auswirkungen sind nicht auszudenken. Jedes Wort im Internet, jede Aussage im Blog, jedes Statement auf Facebook kann zurückverfolgt werden. Wer über die (politischen oder gesellschaftlichen) Stränge schlägt, wird irgendwann bestraft – trotz freier Meinungsäußerung und möglichem individuellem Reifeprozess. Spuren im Internet werden stets zurückzuverfolgen sein. Seit Jahren speichern Diensteanbieter im Netz private Informationen, ohne dass sich jemand darum schert.**

Der Ansatz der CNPD (Commission nationale pour la protection des données), sich an den Lambda-User zu wenden, ist deshalb nicht überflüssig. Eigentlich ist die Behörde eher an der Schnittstelle zum Business tätig und sorgte hier auch schon für Schlagzeilen. Doch was im Moment zählt, sind andere Fakten. Der Privatverbraucher bringt sich immer mehr in eine Abhängigkeit, der ein Staat nicht mehr zusehen will. Über diese generelle Problematik unterhielten wir uns mit dem Vorsitzenden der Luxemburger Datenschutz-Stelle, der CNPD, Gérard Lommel.

Denn der Ansatz der Datenschutzstelle hat erst kürzlich gewechselt. Früher war ihre Aufgabe eher darin zu sehen, dass Geschäftsbeziehungen so sicher wie möglich abliefen. Eine der Errungenschaften der CNPD ist sicher die Einsetzung von über 40 Online-Sicherheitsbeamten in Luxemburger Unternehmen. Außerdem kommt es zu regelmäßigen Begegnungen mit den relevanten Akteuren der Luxemburger Wirtschaft.

Die Kehrtwende hin zum Endverbraucher dürfte zugleich als Warnung verstanden werden. Trotz der kleinen Besetzung der Luxemburger Datenschutzbehörde – ein Team von zehn Mitarbeitern, davon nur drei Anwälte und zwei Informatiker – wurden die Grund sorgen erkannt.

250 000 Nutzer von Facebook gibt es in Luxemburg. 550 Millionen sind es weltweit. Jede Sekunde verzeichnet das Sozialnetzwerk nach offiziellen Statistiken sechs neue Nutzer. Twitter kommt auf 25

Millionen Kurznachrichten täglich.

Aber heute interessiert vor allem die Haltung der europäischen Kommission. Kommissarin Viviane Reding fordert ein „droit à l'oubli“, die Garantie, dass Internetdaten nach einer angemessenen Periode gelöscht werden.

Transparenz ist das größte Problem, weil die Nutzer nicht wissen, was mit ihren Daten passiert. Umfragen ergeben erschreckende Werte. 60 Prozent der EU-Bürger sind ob der neuen Technologien verunsichert. Fraglich ist aber, ob diese Bürger das Internet überhaupt nutzen. Denn im Gegensatz zu diesen Zahlen steht die Selbstdarstellung im Internet.

## Europa: unerreichtes Niveau an Datenschutz

„Immer mehr Leute sind immer länger täglich online“, meint Lommel. „Jugendliche sind sich oft nicht bewusst, dass diese Internetkommunikation nicht privat und auch nach Jahren recherchierbar ist. Abhilfe hierbei kann nur die Erziehung und Aufklärung zu Hause und in der Schule schaffen.“

Eckdaten gibt es dabei einige: Gérard Lommel meint, dass „Europa ein unerreichtes Niveau, was den Datenschutz angeht“, besitzt. Er verweist auf eine von Luxemburg 1979 unterschriebene Konvention des Europarates, die mittlerweile 30 Jahre auf dem Buckel hat. Auch die nationale und europäische Gesetzgebung ist seiner Meinung nach gut: „Sie waren technologieneutral gehalten und haben lange ihren Zweck erfüllt.“ Lommel sieht aber vor allem den technologischen Fortschritt der Branche, die Handelsbedarf schafft, etwa durch die aufkommende „Cloud“-Technologie.

Jeder Mensch hinterlässt Spuren im Internet und gibt einen Teil seiner Interessen und Aktivitäten preis. „Cookies“, die von allen Programmen im Computer des Nutzers plaziert werden, speichern seine Informationen. Jeder Nutzer wird so auf seine Vorlieben profiliert. Diese Informationen sind kommerziell wertvoll, weil sie auch über etwaige Kaufabsichten Aufschluss geben.

Eine weitere Veränderung des Internets – weg von der Selbstdarstellung von Unternehmen – sind die Dienste, die eine Agenda oder private Fotos online stellen. In Zukunft sollen geografie-basierte Dienste noch zusätzliche Informationen liefern – etwa günstige Angebote in einem Einkaufsviertel. Damit wird der Nutzer lokalisierbar, seine Freunde werden genauso ortbar. Gérard Lommel meint: „Es ist die Werbebranche, die diese Dienstleistungen nutzen will. Von nichts kommt nichts. Wenn also diese Lebenserleichterungen gratis geliefert werden, muss irgendjemand dafür zahlen. Die zugänglichen Daten ermöglichen eine derart genaue Profilierung von Personen, dass niemand an ihrem kommerziellen Nutzen zweifelt. Gravierend ist dabei die mangelnde Transparenz, was die Übermittlung privater Daten angeht und auch das mangelnde Bewusstsein der Nutzer, ständig kontrolliert zu sein.“

## Informationelle Selbstbestimmung

Die Datenschützer, so Lommel, stellen inzwischen die Frage der informationellen Selbstbestimmung. Der Bürger soll dabei bestimmen, welche Daten von ihm im Internet gespeichert werden dürfen. Genau so wichtig ist eine von EU-Kommissarin Viviane Reding vertretene Idee: Es geht um das Recht auf Vergessen. Die Löschung von Daten soll nach einem gewissen Zeitraum garantiert sein. Aber, so Lommel: „Es geht nicht darum, die neuen Dienste zu lähmen. Wir wollen eine bestmögliche Zusammenarbeit. Aber die wirtschaftliche Leistung der Internet-Betreiber soll nicht völlig eingeschränkt werden.“

Wer diese Fragen anschnidet, landet unweigerlich bei der Selbstregulierung der großen Anbieter. „Die Möglichkeiten von Google, Facebook und Co, private Daten zu sammeln, sind bereits heute größer, als sie bei der umstrittenen Zielfahndung von Polizeidiensten je waren. Selbstregulierung ist hier überfordert“, sagt Lommel. Bei der verhaltensbasierten Werbung sei die

Grenze schmal und die Staaten müssten genau aufpassen.

Die Verunsicherung und Verängstigung von rund 60 Prozent der Bürger gegenüber aktuellen Internet-Praktiken sei ein weiterer Bestandteil seiner Arbeit, meint Lommel. „Diese Angst scheint, laut Umfragen, nur von den Annehmlichkeiten übertrücht zu werden, die das Internet bietet. Man fühlt sich gezwungen, gefühlte Nachteile zu akzeptieren,

um nicht ausgeschlossen zu sein.“

Eine Minimallösung wären seiner Meinung nach restriktivere Grundeinstellungen, die erst freigeschaltet werden müssten. „Die wenigsten Leute kümmern sich um Grund-Sicherheitseinstellungen. Wenn sie es tun, sind sie oft liberaler als der Hersteller. Deshalb sollte man die Grundeinstellungen restriktiv halten.“

Unter dem Titel „Keine Privat-

sphäre mehr im Netz“ findet morgen Freitag eine von der CNPD organisierte Konferenz statt, und zwar im Cercle Cité, um 19 Uhr. Teilnehmer sind Alexander Dix, Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, Richard Allan, Facebook-Direktor, Lucien Thiel, Abgeordneter, René Schlechter, BeeSecure, und der Chaos Computer Club.